DAS WESTDEUTSCHE LOHNNIVEAU ZWISCHEN DEN BEIDEN WELTKRIEGEN UND NACH DER WÄHRUNGSREFORM

von
Rainer Skiba

unter Mitarbeit von
Hermann Adam

BUND-VERLAG · KÖLN

INHALT

A. Grundlagen der Untersuchung 19

1. Das Untersuchungsziel 19
2. Der Untersuchungszeitraum 20
3. Das Untersuchungsgebiet 24

B. Methodische Probleme der Untersuchung 27

1. Strukturelle Aspekte der langfristigen Lohnentwicklung . . . 27
   1.1. Struktureinflüsse aus der Gliederung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen 27
   1.2. Struktureinflüsse aus dem Altersaufbau der Bevölkerung . 29
   1.3. Struktureinflüsse aus der Gliederung der Bevölkerung nach dem Familienstand 32
   1.4. Struktureinflüsse aus der Gliederung der Bevölkerung nach der Haushaltsgröße 32
   1.5. Struktureinflüsse aus der beruflichen Gliederung der Erwerbspersonen 35
   1.6. Struktureinflüsse aus der Verteilung der Erwerbspersonen auf Wirtschaftsbereiche 35
2. Der Geldwert als Reallohnfaktor 37
   2.1. Die Methode der Geldwertbestimmung 38
   2.2. Die Problematik der Reallohnberechnung 43

C. Die Entwicklung der Verbraucherpreise und des Geldwertes . . . 51

1. Verbraucherpreise und Geldwert in der Vorkriegszeit 58
2. Verbraucherpreise und Geldwert in der Nachkriegszeit 70

D. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Arbeitseinkommens . . 89

1. Allgemeine statistische und methodische Probleme 90
   1.1. Der Begriff des Einkommens aus unselbständiger Arbeit . 90
   1.2. Die Berechnung von Arbeitseinkommen je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer 94

1.3. Der Aussagewert der Lohnquote 96
1.4. Modifikationen der Lohnquote 103
2. Das Arbeitseinkommen im Zeitablauf 114
2.1. Das Arbeitseinkommen in der Vorkriegszeit 115
2.1.1. Die Phase von 1925 bis 1929 115
2.1.2. Der Zeitraum von 1929 bis 1932 118
2.1.3. Die Jahre von 1933 bis 1938 122
2.2. Das Niveau des Arbeitseinkommens in der Vor- und Nachkriegszeit 127
2.3. Das Arbeitseinkommen in der Nachkriegszeit 134
2.3.1. Der erste Wachstumszyklus von 1949/50 bis 1954 . 134
2.3.2. Der zweite Wachstumszyklus von 1954/55 bis 1958 138
2.3.3. Der dritte Wachstumszyklus von 1959 bis 1963 . . 139
2.3.4. Der vierte Wachstumszyklus von 1963/64 bis 1967 144

E. Die Entwicklung der Arbeitseinkommen nach Arbeitnehmergruppen 147
1. Die Löhne der Arbeiter 148
1.1. Der institutionelle Rahmen 148
1.2. Die tarifliche Lohnbewegung 149
1.3. Die Entwicklung der Effektivverdienste der Arbeiter . . 155
2. Die Gehälter der Angestellten 162
2.1. Das statistische Material 163
2.2. Die Tarifgehälter der Angestellten 164
2.3. Die effektiven Angestelltengehälter 166
3. Die Dienstbezüge der Beamten 170
3.1. Die Beamtenbezüge vor und nach dem Krieg 170
3.2. Durchschnittliche Beamtenbezüge und vergleichbare Einkommen seit 1957 173

Statistischer Anhang 177
Literaturverzeichnis 243

Personenregister 261
Sachregister 263

A. GRUNDLAGEN DER UNTERSUCHUNG

1. Das Untersuchungsziel

In der neueren wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion in der Bundesrepublik gewinnen empirische Untersuchungen langfristiger Wirtschaftsabläufe an Bedeutung. Neben wirtschaftshistorischen sind es vor allem wachstumstheoretische Aspekte, die das Interesse an der Analyse langfristiger Entwicklungsprozesse verstärken[1]. Darin äußert sich der zunehmende Bedarf an realitätsbezogenen Informationen, ohne die wachstumstheoretische Annahmen nicht überprüfbar sind[2]. Offensichtlich beginnt sich immer mehr die Erkenntnis durchzusetzen, daß tautologische Aussagensysteme keinen Ersatz für Theorien bieten können, die sich ständig an empirischen Forschungsergebnissen bewähren müssen.

Auch in der Lohntheorie entwickeln sich Ansätze, die neben der ökonomischen Modellanalyse auch die soziologische und die politologische Betrachtungsweise und die empirische Orientierung betonen[3]. In diesem Zusammenhang spielt die quantitative Analyse eine wichtige Rolle; ihr fällt es zu, Zahlenmaterial über die wirtschaftliche Entwicklung zu liefern. Eine umfassende Analyse kann sich dabei nicht nur auf Querschnittsuntersuchungen und kurzfristige Beobachtungen beschränken; sie muß sich vielmehr auch auf die langfristigen Entwicklungsabläufe erstrecken. Über dieses Gebiet der säkularen Prozesse stehen verhältnismäßig wenig Informationen zur Verfügung.

1 Vgl. Hoffmann, W. G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin, Heidelberg, New York 1965.

2 Vgl. Albert, H., Modellplatonismus: Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung, in: Maus, H. und Fürstenberg, F. (Hrsg.): Soziologische Texte, Bd. 36, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied am Rhein und Berlin 1967, S. 349 ff.

3 Vgl. Lübbert, J., Lohnpolitik ohne Lohntheorie, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jahr, Tübingen 1967, S. 70 ff. – Rothschild, K., Unterschiedliche Dimensionen der Lohntheorie, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 51, Berlin 1969, S. 53 ff.

Die vorliegende Untersuchung hat sich deshalb die Aufgabe gestellt, zur Schließung der Informationslücken im Bereich der langfristigen Lohnentwicklung beizutragen. Im einzelnen zielt die Untersuchung darauf ab,

- die Tendenzen der langfristigen Entwicklung der Arbeitseinkommen in Deutschland aufzuzeigen und
- die Lohnniveauunterschiede zwischen der Vor- und Nachkriegszeit zu bestimmen.

Damit wird zugleich ein lohnpolitisches Problem aufgegriffen, das nach der Währungsreform im Zentrum der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung gestanden hat. Die direkten und indirekten lohnpolitischen Entscheidungen, die damals gefallen sind und die heute noch nachwirken, beruhten nicht zuletzt auch auf Niveauvergleichen der Lohnentwicklung in der Vor- und Nachkriegszeit.

Im Rahmen dieser Zielsetzung bezieht sich die Untersuchung auf die Entwicklung sowohl des Gesamteinkommens aus unselbständiger Arbeit als auch der Löhne der Arbeiter, der Verdienste der Angestellten und der Dienstbezüge der Beamten.

2. Der Untersuchungszeitraum

Der Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen und nach der Währungsreform umfaßt die Jahre von 1918 bis 1939 und die Entwicklung seit 1948. Mit diesen Jahresangaben ist der thematisch beschriebene zeitliche Untersuchungsbereich jedoch nicht vollständig abgegrenzt.

Da ein Hauptziel der Analyse darin besteht, die Niveauunterschiede in der Lohnentwicklung der Vor- und der Nachkriegszeit zu bestimmen, also einen Einkommensvergleich anzustellen, kommt es darauf an, von adäquaten Basisjahren auszugehen[4]. Keinen Sinn hätte es, wirtschaftspathologische mit normalen Entwicklungen zu vergleichen. Deshalb bleiben auch in der vorliegenden Analyse für die *Vorkriegszeit* die Jahre von 1918 bis 1923 außer Betracht, in der sich unter dem Einfluß der fortschreitenden Inflationierung eine totale Entwertung des Geldes vollzog.

Die wirtschaftliche Stabilisierung nach dem Ersten Weltkrieg wurde erst nach der Währungsreform des Jahres 1923 eingeleitet. Relativ störungsfrei verlief in der Zwischenkriegszeit die Wirtschaftsentwicklung lediglich vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928[5]. Die wirtschaftliche Aktivität der Weimarer Zeit

4 Vgl. Flaskämper, P., Theorie der Indexzahlen. Beitrag zur Logik des statistischen Vergleichs. Sozialwissenschaftliche Forschungen, Abteilung I, Heft 7, Berlin und Leipzig 1928, S. 5 ff.

5 Vgl. Menges, G. und Kolbeck, H., Löhne und Gehälter nach den beiden Weltkriegen. Tabellen und Schaubilder aufgrund statistischer Untersuchungen, Meisenheim/Glan 1958, S. XII. – Vgl. auch Müller, J. H., Nivellierung und Differenzierung der Arbeitseinkommen in Deutschland seit 1925, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 13, Berlin 1954, S. 9.

erreichte zwar erst 1929 den Gipfelpunkt, im gleichen Jahr begann sich aber bereits die bevorstehende Depression abzuzeichnen. Als „Normaljahre", worauf die Zeitreihen über die Lohnentwicklung basiert werden können, eignen sich also nur die Jahre von 1924 bis 1928. Das schließt jedoch nicht aus, daß auch, wenn es angebracht ist, das statistische „Normaljahr" 1913 berücksichtigt wird. Außerdem kann es zweckmäßig sein, aus den langfristigen Zeitreihen durch Umbasierungen einzelne Jahresvergleiche zu isolieren, um beispielsweise die Niveauunterschiede der Löhne zwischen zwei Jahreszeiträumen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und nach der Währungsreform zu ermitteln.

Der Untersuchungszeitraum überbrückt die Periode von 1939 bis 1948: Die Kriegszeit und die Nachkriegsjahre bis zur Währungsreform des Jahres 1948 gehören nicht zum Beobachtungszeitraum. Auf den ersten Blick erscheint es auch einleuchtend, bei der Analyse der Lohnentwicklung in der *Nachkriegszeit* vom Jahr der Währungsreform, also gewissermaßen vom „Nullpunkt" auszugehen, wenngleich sich unter statistisch-methodischen Gesichtspunkten das Jahr 1950 für die Nachkriegszeit eher als Basiszeitraum eignet[6]. Aber unabhängig davon, ob bei Datenübersichten über die Entwicklung der Arbeitseinkommen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das Jahr 1948 oder das Jahr 1950 als Ausgangspunkt gewählt wird, bleibt jede Analyse unvollständig, die nicht gleichzeitig auf die Periode vom Zusammenbruch bis zur Währungsreform eingeht. Es ist daher notwendig, in der Untersuchung auch die Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung in der Zeit von 1945 bis 1948 aufzuzeigen, in der die sachlichen Voraussetzungen für die Einführung der marktwirtschaftlichen Prinzipien geschaffen worden sind[7].

Bei der zeitlichen Abgrenzung muß noch ein weiterer Gesichtspunkt berücksichtigt werden. Der Untersuchungszeitraum gliedert sich nämlich in Perioden mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Aktivität. Diese Tatsache legt es nahe, die in den allgemeinen Wirtschaftsablauf eingebettete Entwicklung der Arbeitseinkommen auch unter dem Aspekt der konjunkturellen Phasengebundenheit zu betrachten. In dieser Hinsicht lassen sich in dem untersuchungsrelevanten Vorkriegszeitabschnitt drei klar voneinander abgrenzbare Phasen unterscheiden[8], und zwar handelt es sich um die Zeitabschnitte von

6 Vgl. Fürst, G., Zur Wahl eines einheitlichen Basiszeitraumes für Indexberechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1951, S. 138 ff.

7 Ehrenberg, H. und Spiegelhalter, F., Lohnpolitik heute. Eine Auseinandersetzung, Stuttgart 1963, S. 12 ff.

8 Vgl. Spilker, H., Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit in der Vor- und Nachkriegszeit, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1954, S. 513. – Vgl. auch Krengel, R., Die Entwicklung des Anlagevermögens der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955, in: Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung. Festgabe für Ferdinand Friedensburg, Berlin 1956, S. 145; sowie derselbe, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956, Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirt-

– 1924 bis 1929. Diese Phase umfaßt die wirtschaftliche Konsolidierung nach der großen Inflation und den anschließenden Wirtschaftsaufschwung, der im Jahre 1929 den Wendepunkt erreichte.
– 1929/30 bis 1932. In diesen Zeitraum fällt die Weltwirtschaftskrise, von der die deutsche Volkswirtschaft besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen worden ist.
– 1933 bis 1939. Diese durch die Änderung der politischen Machtverhältnisse eingeleitete Periode kennzeichnet sich durch eine neue wirtschaftliche Erholung, während der sich die wirtschaftspolitische Aktivität des Staates im Bereich der Kriegsvorbereitung seit 1935 zunehmend verstärkte[9].

Nach der Währungsreform von 1948 ist die wirtschaftliche Entwicklung unter zyklischen Schwankungen, aber ohne Wachstumsverluste, einem stetigen Aufwärtstrend gefolgt, bis im Jahre 1967 der Wachstumseinbruch der Rezession[10], der sich schon ein Jahr zuvor angebahnt hatte, die wirtschaftliche Expansion zum Erliegen brachte. Die Sozialproduktsrechnung des Statistischen Bundesamtes, in der sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands in der Nachkriegszeit, allerdings erst seit 1950, widerspiegelt, läßt in den Veränderungen der Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts und der Produktivität deutlich mehrere Wachstumszyklen erkennen[11], in denen sich das konjunkturelle Auf und Ab der wirtschaftlichen Aktivität ausprägt. Berücksichtigt man neben den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die sich für den Zeitraum von 1950 bis 1960 jeweils auf Jahresdurchschnitte beziehen[12], noch zusätzliche statistische Daten über kurzfristige wirtschaftliche Entwicklungsabläufe innerhalb der jeweiligen Jahre, so kann auch der Tatsache Rechnung getragen werden, daß sich konjunkturelle Entwicklungsumbrüche nicht an die kalenderjahreszeitliche Periodenabgrenzung halten. Im einzelnen können in der Nachkriegszeit seit der Währungsreform

schaftsforschung, Neue Folge, Nr. 42, Berlin 1958. – Vgl. außerdem Ehrlicher, W., Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956, S. 11.

9 Vgl. Stucken, R., Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1963, 3. Auflage, Tübingen 1964, S. 121 ff. und S. 147 ff. – Stucken unterscheidet im Zeitraum von 1933 bis 1939 zwei Phasen, nämlich den Abschnitt der staatlichen Arbeitsbeschaffung von 1933 bis zum Frühjahr 1935 und den Abschnitt des Wehraufbaus und der Einmärsche vom Frühjahr 1935 bis zum Ausbruch des Krieges im Jahre 1939.

10 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1967/68, Stabilität im Wachstum, Stuttgart und Mainz 1967.

11 Vgl. Henschel, R. und Mitarbeiter des WWI, Beitrag zur angewandten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: Die konjunkturellen Spannungsfelder, in: WWI-Mitteilungen, Nr. 8/9 1964, S. 177 ff. – Vogt, W., Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft, Tübingen 1968. – Hopp, R., Schwankungen des wirtschaftlichen Wachstums in Westdeutschland 1954–1967, Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, Bd. 30, Meisenheim am Glan 1969.

12 Für den Zeitabschnitt seit 1960 liegen auch Halbjahresergebnisse der amtlichen Sozialproduktsrechnung vor. Vgl. Bartels, H., Hamer, G. und Mitarbeiter, Halbjahresergebnisse der Sozialproduktsrechnung ab 1960, in: Wirtschaft und Statistik, Hefft 12/1965, S. 771 ff.

vier Zyklen unterschieden werden. Es sind die Perioden von

- 1949/50 bis 1953/54. Dieser erste Wachstumszyklus verlief auf einem, gemessen an den Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts, statistisch außerordentlich hohen Niveau[13], worin sich die niedrige Ausgangslage der westdeutschen Produktion unmittelbar nach der Währungsreform, aber auch als exogener Faktor die Korea-Krise auswirkten. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum hielt in dieser Entwicklungsphase kontinuierlich an, wenn auch die Expansionsgeschwindigkeit seit 1952 bis 1954 stetig nachließ.
- 1954/55 bis 1958. Der zweite Zyklus, der mit dem schon 1954 beginnenden Aufschwung einsetzte, kulminierte im Jahr 1955, als die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts auf die bisher nicht wieder erreichte Höhe von 12,1 vH anstieg[14]. In den anschließenden Jahren verlangsamte sich das Wachstumstempo bis 1958 immer mehr; im letzten Jahr des Zyklus betrug die Zuwachsrate der Gesamtproduktion 3,5 vH.
- 1959 bis 1963. Auf einem im Durchschnitt niedrigeren Niveau als in der konjunkturellen Vorperiode vollzog sich das Wirtschaftswachstum im dritten Nachkriegszyklus. Im konjunkturellen Entwicklungsrhythmus gleichen sich die beiden Zeitabschnitte fast völlig. Wie der zweite Zyklus, so beginnt auch der dritte im ersten Jahr mit einem sprunghaften Anstieg des Wirtschaftswachstums, das sich im darauffolgenden Jahr noch beschleunigt; und wie im zweiten Zyklus, so schwächen sich auch im dritten Zyklus die Wachstumsraten in den anschließenden drei Jahren zunehmend ab.
- 1963/64 bis 1967. Die Wellenlinie, die den Verlauf der Wachstumsraten des realen Sozialprodukts im vierten Nachkriegszyklus widerspiegelt, zeichnet sich durch einen im Jahr 1963 einsetzenden Anstieg aus, der ein Jahr später mit 6,8 vH den Höhepunkt erreichte[15]. Ebenfalls boomartige Züge weist die konjunkturelle Situation im Jahre 1965 auf, in dem sich das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber 1964 um 5,7 vH erhöhte. Die mit 2,8 vH um mehr als die Hälfte verringerte Wachstumsrate im Jahre 1966 markiert den Beginn der durch die mangelhafte Koordination von Finanz- und Geldpolitik ausgelösten Rezession[16], die sich in voller Schärfe im Jahre 1967 ausgewirkt hat. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung prägt sich der Konjunkturrückschlag darin aus, daß erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis 1967 das Vorjahresniveau um – 0,2 vH unterschritten hat.

13 Die Wachstumsrate für 1951 erreichte fast 11 vH.

14 Bei den Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts, die den umfassendsten Ausdruck des gesamtwirtschaftlichen Wachstums darstellen, handelt es sich um Angaben des Statistischen Bundesamtes.

15 Vgl. Hames, H., Zwischen Boom und Rezession, in: Handelsblatt, Nr. 39 vom 23. Februar 1967.

16 Vgl. Pöhl, K. O., Anatomie einer Rezession, in: Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, 21. Jg., 1967, Nr. 35, S. 1892 ff. – Adam, H., Institutionelle Ursachen konjunktur-

3. Das Untersuchungsgebiet

Langfristige Reihen über die Lohnentwicklung in Deutschland können prinzipiell nur mit Vorbehalten und Einschränkungen gebildet werden. Ein besonderes Problem, das in diesem Zusammenhang entsteht, beruht auf der Tatsache, daß sich die originären einkommensstatistischen Daten, aus denen sich langfristige Zeitreihen aufstellen lassen, auf unterschiedliche Gebietsstände beziehen[17]. Die Änderungen des Gebietsstandes nach dem Zweiten Weltkrieg bedeuten, daß die Ergebnisse statistischer Erhebungen nur bedingt verglichen werden können. Das gilt für Vergleiche nicht nur von Einkommenssummen, sondern auch von durchschnittlichen Angaben oder Je-Kopf-Größen; denn die Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Struktur zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik, wodurch die statistische Darstellung der Einkommensentwicklung beeinflußt wird, lassen sich durch die Berechnung von Je-Kopf-Größen nur teilweise aufheben. Um die vergleichsstörenden Einflüsse auszuschalten, sind neben den sogenannten „uneliminierten" einkommensstatistischen Daten, die den jeweiligen Gebietsstand betreffen, „eliminierte" Zahlenreihen[18] aufgestellt worden, denen auf das Bundesgebiet als einheitlichem Gebietsstand umgerechnete Daten zugrunde liegen[19]. Die eliminierte Zahlenreihe erfaßt demnach Einkommensentwicklungen im Bundesgebiet auch in einem Zeitraum, in dem die Bundesrepublik als unabhängiger Staat noch gar nicht existierte.

In der vorliegenden Untersuchung werden sowohl uneliminierte als auch eliminierte Zeitvergleiche angestellt. Allerdings stehen eliminierte Zahlen nur für Einkommensgrößen aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Verfügung.

Hier ist es zunächst erforderlich, auf beide Vergleichsmethoden einzugehen.

Für die Möglichkeit, der Analyse der langfristigen Lohnentwicklung uneliminierte Zahlen zugrunde zu legen und somit vom Gebietsstand zuerst des Reichsgebiets und dann des Bundesgebiets auszugehen, spricht vor allem die Tatsache, daß sich in diesem Falle die statistischen Daten auf jeweils zusam-

politischer Fehlentscheidungen in der Bundesrepublik, in: WWI-Mitteilungen, Nr. 5/1970, S. 159 ff.

17 Einen Überblick über die Änderungen des Reichsgebietes seit 1871 und des Bundesgebietes von 1946 bis 1957 vermittelt die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes: Bevölkerung und Wirtschaft. Langfristige Reihen für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 199, S. 10 f.

18 Die Ausdrücke „eliminiert" und „uneliminiert" schließen sich der Terminologie Menges und Kolbecks an. In: Löhne und Gehälter nach den beiden Weltkriegen, a. a. O., S. IX.

19 Vgl. z. B. Spilker, H., Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit in der Vor- und Nachkriegszeit, a. a. O. – Vgl. auch Krengel, R., Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956, a. a. O.

mengehörige Wirtschaftsgebiete beziehen[20]. Demgegenüber scheint es auf den ersten Blick wenig Sinn zu haben, eliminierte Zahlen anzugeben, also fiktive Daten über wirtschaftliche Entwicklungsverläufe auf dem Gebiet der Bundesrepublik vor dem Jahr 1949 zu verwenden. Denn vor 1949 haben auf dem Gebiet der Bundesrepublik ein unabhängiger Staat und eine einheitliche Volkswirtschaft nicht bestanden. Sicherlich wäre die gesamte Wirtschaftsentwicklung anders verlaufen, wenn die Bundesrepublik als wirtschaftliche und politische Einheit schon vor dem Zweiten Weltkrieg existiert hätte.

Trotzdem erweist es sich als vorteilhaft, bei der Untersuchung der langfristigen Lohnentwicklung auch eliminierte Zahlen zu berücksichtigen. Beim eliminierten Vergleich lassen sich nämlich vergleichsstörende Faktoren ausschalten, die den Ausgangswert uneliminierter Zahlen beeinträchtigen.

Diese vergleichsstörenden Faktoren resultieren daraus, daß das Deutsche Reich und die Bundesrepublik erheblich voneinander abweichende wirtschaftliche und soziale Strukturmerkmale aufweisen. Als Folgen der kriegsbedingten Störungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung[21] und des Stroms von Flüchtlingen, Vertriebenen und Zuwanderern prägen sich die Strukturunterschiede besonders im Bevölkerungsaufbau, in der Dichte der Bevölkerung und in ihrer Verteilung auf Stadt und Land aus. Für einen uneliminierten Einkommensvergleich zwischen der Bundesrepublik und dem Deutschen Reich bedeuten die strukturellen Verschiedenheiten, daß alle Vergleichsergebnisse nur mit Vorbehalten interpretiert werden können.

20 Vgl. Hoffmann, W. G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, a. a. O., S. 3.

21 Vgl. Gleitze, B., Deutschlands Bevölkerungsverluste durch den Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1953, S. 375 ff., und derselbe, Ostdeutsche Wirtschaft, Berlin 1956, S. 13 ff. – Vgl. auch Nimptsch, R., Überbevölkerung, Bevölkerungsausgleich und Arbeitsmarkt, Köln 1952.

B. METHODISCHE PROBLEME DER UNTERSUCHUNGEN

Der Einkommensvergleich zwischen der Vor- und Nachkriegszeit ist mit einer ganzen Reihe von Problemen verbunden.
Im großen und ganzen geht es um zweierlei:
- erstens darum, die Struktureinflüsse, die auf die Entwicklung der Arbeitseinkommen von Einfluß sind, zu analysieren und
- zweitens die Methode der Geldwertmessung zu diskutieren, ohne die sich reale Einkommensbewegung nicht darstellen läßt.

1. Strukturelle Aspekte der langfristigen Lohnentwicklung

Zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik bestehen Unterschiede in der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Daraus ergeben sich Faktoren, die den Einkommensvergleich zwischen beiden Gemeinwesen stören. Es ist deshalb angebracht, diese Einflüsse beispielhaft aufzuzeigen und gleichzeitig zu versuchen, die Richtung ihrer Wirkung auf die Lohnentwicklung zu bestimmen[22].

1.1. Struktureinflüsse aus der Gliederung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

Zuerst ist darauf hinzuweisen, daß sich die Gliederung der Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen in beiden Gemeinwesen unterscheidet. Im Jahre 1925 wohnten im Deutschen Reich rund 64 vH der gesamten Wohnbevölkerung in Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern; im Bundesgebiet betrug der gleiche Anteil im Jahre 1950 71 vH[23]. Offensichtlich hat sich in den fünf-

22 Die Darstellung der Struktureinflüsse schließt sich an die Untersuchung von G. Menges an: Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und in der Weimarer Republik, unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt a. M., 1955, S. 21.

23 Die Zahlen sind nach den Ergebnissen der Volkszählungen vom 16. Juni 1925 und vom 13. September 1950 errechnet. Vgl. ferner Rawicz, E., Die deutsche Sozialpolitik im Spiegel der Statistik, Mönchengladbach 1929. Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Die Gemeinden und ihre Bevölkerung nach Größenklassen, in: Wirtschaft und Statistik, Heftt 9/1950, S. 335 ff.

undzwanzig Jahren zwischen 1925 und 1950 die Konzentration der Wohnbevölkerung auf die höheren Gemeindegrößenklassen verstärkt. Dieser Strukturwandel beeinflußt auch die Entwicklung der Durchschnittsverdienste. Denn es besteht eine positive Korrelation zwischen den Gemeindegrößenklassen und der durchschnittlichen Höhe der Arbeitnehmerverdienste.

Übersicht 1

Durchschnittliche Arbeitnehmerverdienste nach Gemeindegrößenklassen

November 1951

Gemeinden mit ... Einwohnern	Bruttostundenverdienst der Arbeiter		Bruttomonatsverdienst der Angestellten	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
	DM			
unter 5 000	1,42	0,96	410,83	319,66
5 000 bis unter 20 000	1,54	1,00	437,08	329,76
20 000 bis unter 50 000	1,60	1,06	451,59	331,22
50 000 bis unter 100 000	1,74	1,08	483,30	344,63
100 000 und mehr	1,76	1,10	485,08	355,50

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 90, S. 196 f., und Bd. 91, S. 9.

Nach der Übersicht für November 1951 sind nämlich höheren Gemeindegrößenklassen auch höhere Arbeitnehmerverdienste zugeordnet. Für 1950 ist mit den gleichen Verhältnissen zu rechnen. Ein Vergleich der Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik muß deshalb für 1950 gegenüber 1925 zu strukturell „überhöhten" Ergebnissen führen. Die im Jahre 1950 im Vergleich zu 1925 stärkere Konzentration der Wohnbevölkerung auf die höheren Gemeindegrößenklassen wirkt sich statistisch als einkommenssteigender Faktor aus.

Ein weiterer Faktor, der den Aussagewert eines uneliminierten Verdienstausgleichs beeinträchtigt, besteht darin, daß der Altersaufbau in der Bundesrepublik andere Strukturmerkmale aufweist als im Deutschen Reich.

Übersicht 2

Bevölkerung nach Altersklassen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik 1925 und 1950
(Jeweiliger Gebietsstand)

Altersklassen	16. Juni 1925		13. September 1950	
	1 000	vH	1 000	vH
unter 15 Jahren	16 073	25,7	11 238	23,5
15 bis unter 65 Jahren	42 746	68,6	32 035	67,2
65 und mehr Jahre	3 594	5,7	4 424	9,3
Zusammen*	62 411	100,0	47 696	100,0

* Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 28 f. – Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch, hrsg. von B. Gleitze, Köln 1960, S. 24.

Die Gliederung der Bevölkerung nach Altersklassen läßt deutlich erkennen, daß der Anteil der 65jährigen und älteren Einwohner an der Gesamtzahl der Bevölkerung von 1925 bis 1950 erheblich zugenommen hat: Im Vergleich zum Deutschen Reich erscheint die Bevölkerung in der Bundesrepublik als überaltert.
Im Hinblick auf die Struktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also der Einwohner zwischen 15. und 65. Lebensjahr, zeichnet sich beim Vergleich zwischen der Bundesrepublik im Jahre 1950 und dem Deutschen Reich im

Jahre 1925 ein ähnliches Bild ab[24]. Auch hier ist die vor allem durch den Krieg bedingte Überalterung der westdeutschen Bevölkerung unverkennbar.

Übersicht 3

Gliederung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Altersklassen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik

1925 und 1950
(Jeweiliger Gebietsstand)

Altersklassen	16. Juni 1925		13. September 1950	
	1 000	vH	1 000	vH
15 bis unter 25 Jahre	12 694	29,7	7 052	22,0
25 bis unter 35 Jahre	9 887	23,1	6 024	18,8
35 bis unter 45 Jahre	8 191	19,2	7 460	23,3
45 bis unter 55 Jahre	7 080	16,6	6 823	21,3
55 bis unter 65 Jahre	4 894	11,4	4 677	14,6
Zusammen	42 746	100,0	32 036	100,0

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 26. – Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch, hrsg. von B. Gleitze, Köln 1960, S. 24.

Vergleicht man die Anteile der in der Übersicht 3 berücksichtigten Altersklassen an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, so zeigt sich, daß im Jahre 1950 die Altersgruppen von 15 bis unter 35 Jahre relativ schwächer und die darüber liegenden Altersgruppen verhältnismäßig stärker vertreten

24 Vgl. Menges, G., Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und in der Weimarer Republik, a. a. O., S. 25 f.

waren. In dieser Differenzierung kommen die durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Bevölkerungsverluste zum Ausdruck[25].

Verbunden mit diesen Strukturunterschieden bestehen auch zwischen dem Lebensalter und den Verdiensten der Arbeitnehmer Zusammenhänge, wobei allerdings die Abhängigkeit der Verdiensthöhe vom Lebensalter unterschiedlich ist, je nachdem, ob man Arbeiter, Angestellte oder Beamte ins Auge faßt. Generell gilt, sieht man von der Sondergruppe der Beamten mit festen Dienstbezügen ab, für alle drei Arbeitnehmerkategorien, daß die Durchschnittsverdienste während des Erwerbslebens innerhalb eines begrenzten Bereichs von Altersklassen mit dem Lebensalter positiv korreliert sind. Das bedeutet, daß die durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste mit dem Alter bis zu einer bestimmten Altersstufe steigen. Der Altersklassenbereich, in dem die positive Korrelation zu beobachten ist, erstreckt sich jedoch in den einzelnen Arbeitnehmerkategorien nicht über die gleichen Jahrgangsgruppen. Im allgemeinen wird das durch Alterseinflüsse bestimmte relative Höchsteinkommen von Arbeitern früher erreicht als von Angestellten und von Beamten.

Geht man davon aus, daß der einkommenssteigernde Einfluß des Alters auf die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer vom Eintritt in das Erwerbsleben mit unterschiedlicher Dauer bei Arbeitern, Angestellten und Beamten bis zu einer Altersstufe in der Altersklasse von 40 bis 55 Jahren anhält[26], so läßt sich die Frage beantworten, in welcher Richtung die Strukturfaktoren, die aus der zwischen 1925 und 1950 eingetretenen Differenzierung in der Gliederung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter resultieren, auf die Entwicklung der Arbeitnehmerverdienste eingewirkt haben. Da nämlich die Altersklassen von 35 bis 55 Jahren, denen verhältnismäßig hohe Arbeitseinkommen zugeordnet werden müssen, 1950 stärker besetzt waren als 1925 (vgl. Übersicht 3), sind die statistischen Daten über die durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste 1950 gegenüber 1925 als strukturell überhöht zu betrachten.

25 Vgl. Schubnell, H., Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, 1964, S. 203 ff. Vgl. auch Schwarz, K., Altersgliederung der Bevölkerung, in: Wirtschaft und Statistik, 1963, S. 522 f.

26 Zu den Zusammenhängen zwischen Alter und Einkommen vgl.: Gewerkschaftsbund der Angestellten, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten, Berlin 1930, S. 130 f. Nach den Ergebnissen der vom Gewerkschaftsbund der Angestellten im Jahre 1929 durchgeführten Erhebung steigen die Durchschnittsgehälter der männlichen Angestellten bis zum 50. Lebensjahr und die der weiblichen Angestellten bis zum 55. Lebensjahr. – Jehle, W., Die Arbeiterlöhne in der badischen Textil-Industrie seit der Stabilisierung der Mark 1923 bis 1933, Lörrach-Stetten 1935, S. 113. – Bry, G., Wages in Germany 1871–1945, Princeton 1960, S. 89 ff., 203 f. und S. 286. – Hamilton, R. F., Einkommen und Klassenstruktur. Der Fall der Bundesrepublik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1968, Heft 2, S. 256 f. Hamilton hat Erhebungen des DIVO-Instituts sekundär-analytisch ausgewertet und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß Arbeiter und Nichtarbeiter das höchste Familieneinkommen im Alter zwischen 40 und 50 Jahren erreichen. (Nach den Erhebungsergebnissen für 1959 belief sich das Familienhöchsteinkommen netto auf 513,– DM bei den Arbeitern und 709,– DM bei den Nichtarbeitern.)

1.3. Struktureinflüsse aus der Gliederung der Bevölkerung nach dem Familienstand

Eine andere Struktur als 1925 im Deutschen Reich weist auch die Familienstandsgliederung der Bevölkerung in der Bundesrepublik im Jahre 1950 auf. Gegenüber 1925 liegt der Bevölkerungsanteil der Verheirateten, der Witwen, der Witwer und der Geschiedenen auf einem höheren Niveau.
Der Anteil der Ledigen an der Gesamtbevölkerung ist dagegen zurückgegangen.
Ein ähnlicher Strukturwandel hat sich im gleichen Zeitraum in der Familienstandsgliederung der Arbeitnehmer vollzogen. Der Anteil der Verheirateten an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer erhöhte sich insgesamt von 1925 bis 1950 von 43,6 vH auf 51,3 vH[27]. Diese steigende Tendenz läßt sich sowohl für männliche als auch für weibliche verheiratete Arbeitnehmer nachweisen.
Als Kriegsfolge tritt außerdem bei den Frauen eine anteilmäßige Zunahme der verwitweten weiblichen Arbeitnehmer in Erscheinung. Eine Anteilssteigerung verzeichnet auch die Gruppe der geschiedenen weiblichen Arbeitnehmer. Gemessen an der Gesamtzahl der weiblichen Arbeitnehmer stieg der Anteil der verwitweten und geschiedenen weiblichen Arbeitnehmer von 7,7 vH im Jahre 1925 auf 10,5 vH im Jahre 1950. Dieser Entwicklung entspricht der gleichzeitige Rückgang des Anteils der ledigen weiblichen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der weiblichen Arbeitnehmer von 76,3 vH auf 65,2 vH.
Im Hinblick auf die langfristige Lohnentwicklung sind die strukturellen Änderungen der Familienstandsgliederung als Faktoren zu werten, die, insgesamt gesehen, einen steigernden Einfluß auf das durchschnittliche Verdienstniveau der Arbeitnehmer ausüben. Dieser Einfluß muß sich insbesondere auf das Niveau der Nettoarbeitseinkommen auswirken, da die ledigen Arbeitnehmer, deren Anteil an der gesamten Arbeitnehmerschaft sich von 1925 bis 1950 rückläufig entwickelt hat, steuerlich am stärksten belastet werden.

1.4. Struktureinflüsse aus der Gliederung der Bevölkerung nach der Haushaltsgröße

Im Jahre 1925 wurden im Deutschen Reich insgesamt rund 15,3 Millionen Haushalte registriert; zweieinhalb Jahrzehnte später betrug die Anzahl der Haushalte auf der um fast die Hälfte kleineren Gebietsfläche der Bundesrepublik annähernd 15,4 Millionen[28]. Gleichzeitig ist die Zahl der Haushaltsmitglieder im Durchschnitt von vier auf drei Personen gesunken.

27 Vgl. Menges, G. und Kolbeck, H., Löhne und Gehälter nach den beiden Weltkriegen, a. a. O., S. 8 f.

28 1925 umfaßte das Reichsgebiet eine Fläche von 468 746 km². Das Gebiet der Bundesrepublik (ohne West-Berlin) erstreckt sich 1950 über eine Fläche von rund 245 289 km²; das entspricht einem Flächenanteil am Reichsgebiet von 52 vH. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 5 ff. und Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 14.

Übersicht 4

Gliederung der Bevölkerung nach dem Familienstand im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik

1925 und 1950

(Jeweiliger Gebietsstand)

Familienstand	16. Juni 1925		13. September 1950	
	1 000	vH	1 000	vH
	männlich			
Ledig	16 492	54,6	1 895	51,1
Verheiratet	12 727	42,2	1 664	44,8
Verwitwet	876	2,9	114	3,1
Geschieden	101	0,3	37	1,0
Insgesamt*	30 197	100,0	3 709	100,0
	weiblich			
Ledig	16 517	51,2	1 862	44,7
Verheiratet	12 710	39,5	1 682	40,4
Verwitwet	2 804	8,7	563	13,5
Geschieden	183	0,6	59	1,4
Insgesamt*	32 214	100,0	4 167	100,0
	männlich und weiblich			
Ledig	33 009	52,9	3 757	47,7
Verheiratet	25 437	40,7	3 346	42,5
Verwitwet	3 681	5,9	677	8,6
Geschieden	283	0,5	97	1,2
Insgesamt*	62 411	100,0	7 877	100,0

* Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 17. – Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 27. – Berechnungen des WSI.

Übersicht 5

Durchschnittliche Haushaltsgröße im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik

1925 und 1950

(Jeweiliger Gebietsstand)

Haushaltstyp	16. Juni 1925			13. September 1950		
	Zahl der Haushalte	Personenzahl insgesamt	Personenzahl je Haushalt	Zahl der Haushalte	Personenzahl insgesamt	Personenzahl je Haushalt
	1 000			1 000		
Einzel- und Mehrpersonenhaushalte	15 275	60 861	4	15 371	46 789	3
Arbeitnehmer-, Einzel- und Mehrpersonenhaushalte	8 264	32 137	4	8 274	25 327	3

Quellen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 23. – Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, Heft 41, S. 32. – Berechnungen des WSI.

Tendenziell die gleichen Ergebnisse erhält man, wenn man lediglich die Haushalte der Arbeitnehmer vergleicht. Hier hat sich, wie die Übersicht 5 zeigt, 1950 gegenüber 1925 die Anzahl der Haushalte erhöht und die durchschnittliche Personenzahl je Haushalt verringert. 1925 bestand der durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalt noch aus vier Personen; 1950 hatte sich die Haushaltsgröße auf drei Personen verkleinert.

Im gleichen Zeitraum hat sich auch der Anteil der Einzelhaushalte der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Arbeitnehmerhaushalte erheblich geändert. Während nämlich 1925 der Anteil der Arbeitnehmereinzelhaushalte nur 3,8 vH ausmachte, belief er sich 1950 mit 16,3 vH auf mehr als das Vierfache[29].

Für die Analyse der Entwicklung der Arbeitseinkommen sind die hinsichtlich der Haushaltsgröße nachweisbaren Strukturunterschiede deshalb von Bedeu-

29 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 23, und Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, Heft 4, S. 32.

tung, weil bei der Interpretation der Haushaltseinkommen der Arbeitnehmer auch die Haushaltsgröße eine Rolle spielt.

1.5. Struktureinflüsse aus der beruflichen Gliederung der Erwerbspersonen

Die volkswirtschaftlichen Bestandsaufnahmen der Jahre 1925 und 1950 zeigen, daß der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen in der Bundesrepublik mit rund 71 vH höher war als im Deutschen Reich, wo er sich auf 66 vH belief. Diese relative Steigerung resultiert aus einem Anstieg des Anteils der Beamten und Angestellten von nicht ganz 17 vH auf 20 vH und einer anteilmäßigen Zunahme der Zahl der Arbeiter von 49 vH auf 51 vH. Dementsprechend hat sich der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen im gleichen Zeitraum von 34 vH auf 29 vH verringert.
Als Strukturfaktor beeinflußt dieser Wandel in der beruflichen Schichtung der Erwerbspersonen vor allem die funktionelle Gliederung des Volkseinkommens nach Einkommensarten; diese Einflußgröße ist besonders bei der Analyse der Lohnquotenentwicklung zu berücksichtigen.

1.6. Struktureinflüsse aus der Verteilung der Erwerbspersonen auf Wirtschaftsbereiche

Der Strukturwandel, der im Zeitraum von 1925 bis 1950 vor sich gegangen ist, zeichnet sich auch in der unterschiedlichen Gliederung der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen in der Vor- und Nachkriegszeit ab (vgl. Übersicht 7). Tiefgreifende Änderungen haben offensichtlich vornehmlich die Land- und Forstwirtschaft sowie den öffentlichen Dienst und die Dienstleistungen betroffen. Dem stark rückläufigen Anteil der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft, der 1925 im Reichsgebiet rund 30 vH betrug und 1950 im Bundesgebiet nur noch 23 vH ausmachte, steht eine kräftige anteilmäßige Steigerung der Zahl der Erwerbspersonen im öffentlichen Dienst und im Dienstleistungsbereich von 11 vH auf fast 17 vH gegenüber. In der Verteilung der Wohnbevölkerung auf beide Wirtschaftsbereiche prägen sich tendenziell die gleichen Unterschiede aus.
Außerdem fällt besonders auf, daß sich der Anteil der selbständigen Berufslosen, zu denen die Unterstützungsempfänger, Rentner und Pensionäre gehören, von 1925 bis 1950 nahezu verdoppelt hat.
Der Hinweis auf die unterschiedliche Gliederung der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik soll die Strukturbetrachtung abschließen. Es war deshalb notwendig, auf die Strukturfaktoren einzugehen, weil bei der Interpretation der langfristigen Lohnentwicklung die Verzerrungen berücksichtigt werden müssen, die durch strukturelle Unterschiede bedingt sind.

Übersicht 6

Erwerbspersonen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik nach der Stellung im Beruf 1925 und 1950

(Jeweiliger Gebietsstand)

Stellung im Beruf	16. Juni 1925					
	Insgesamt[1]		Männlich		Weiblich	
	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH
Selbständige[2]	5 539	17,3	4 445	21,7	1 093	9,5
Mithelfende Familienangehörige	5 437	17,0	1 304	6,4	4 133	36,0
Beamte, Angestellte	5 274	16,5	3 837	18,7	1 438	12,5
Arbeiter[3]	15 759	49,2	10 930	53,2	4 829	42,0
Erwerbspersonen insgesamt	32 009	100,0	20 516	100,0	11 493	100,0
	13. September 1950					
Selbständige	3 258	14,8	2 652	18,8	606	7,6
Mithelfende Familienangehörige	3 184	14,4	642	4,5	2 542	32,0
Beamte	879	4,4	785	5,6	94	1,2
Angestellte[4]	3 524	16,0	2 012	14,2	1 512	19,0
Arbeiter	11 229	50,8	8 035	56,9	3 194	40,2
Erwerbspersonen insgesamt	22 074	100,0	14 125	100,0	7 949	100,0

1 Abweichungen in den Summen durch Rundungen. – 2 Einschließlich Direktoren, Geschäftsführer, leitende Beamte und sonstige Betriebsleiter. – 3 Einschließlich 1 325 587 Hausangestellte (die den weiblichen Arbeitern zugerechnet werden). – 4 Im Unterschied zu der Berufszählung von 1925 sind bei der Zählung von 1950 Angestellte mit arbeitgeberähnlichen Funktionen nicht den Selbständigen, sondern den Angestellten zugeordnet worden.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 24, und Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1954, S. 112.

Übersicht 7

Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik 1925 und 1950

Wirtschaftsbereich	Reichsgebiet[1]				Bundesgebiet[2]			
	Wohnbevölkerung		Erwerbspersonen		Wohnbevölkerung		Erwerbspersonen	
	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH
Land- und Forstwirtschaft	14 434	22,8	9 807	30,3	7 007	14,7	5 114	23,2
Industrie und Handwerk	26 643	42,2	13 667	42,3	18 897	39,6	9 823	44,5
Handel-, Geld-, Versicherungswesen, Verkehr	10 566	16,7	5 240	16,2	6 782	14,2	3 443	15,6
Öffentlicher Dienst, Dienstleistungen	5 792[3]	9,2	3 615	11,2	6 420	13,5	3 694	16,7
Wirtschaftsbereiche insgesamt[4]	57 436	90,9	32 329	100,0	39 106	82,0	22 074	100,0
Selbständige Berufslose	5 745	9,1	—	—	8 590	18,0	—	—
Wohnbevölkerung	63 181	100,0	—	—	47 696	100,0	—	—

1 Gebietsstand 31. Dezember 1937 und Wirtschaftszweigsystematik 1938. – 2 Gebietsstand 13. September 1950 und Wirtschaftszweigsystematik 1950. – 3 Einschließlich Soldaten. – 4 Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

Quelle: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 199, S. 29 f.

2. Der Geldwert als Reallohnfaktor

Eine Analyse der langfristigen Entwicklung der Arbeitseinkommen, die sich ausschließlich auf die nominalen Löhne und Gehälter erstreckt, kann naturgemäß keine Angaben darüber liefern, wie sich im Zeitablauf die Kaufkraft der Löhne und Gehälter verändert hat. Um diesen Aspekt zu berücksichtigen, muß auch die Entwicklung des Geldwerts in die Untersuchung einbezogen werden.

Da sich bei Untersuchungen von Änderungen des Geldwertes das Problem der Geldwertmessung stellt, ist es erforderlich, die Methode der Geldwertbestimmung und gleichzeitig die Problematik der Reallohnberechnung im einzelnen zu diskutieren.

2.1. Die Methode der Geldwertbestimmung

Die Antwort auf die Frage, welchen Änderungen der Geldwert in den letzten vier Jahrzehnten unterworfen war, kann unterschiedlich lauten, je nachdem, welcher Verwendungszweck der Währungseinheit ins Auge gefaßt wird. So wurden in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg Wertschwankungen der inländischen Währung vor allem mit Außenwertänderungen des Geldes in Verbindung gebracht[30].

Den Preisen auf den Binnenmärkten kam für den Geldwert kaum Bedeutung zu. Es galt als selbstverständlich, daß im Verlauf von Hochkonjunkturen „Teuerungen" auftraten. Als aber nach dem Ersten Weltkrieg Außenwert und Binnenwert des Geldes gleichzeitig sanken, änderte sich die Betrachtungsweise grundlegend: Seitdem orientiert sich die Beurteilung der Geldwertentwicklung fast ausschließlich an den Veränderungen des inländischen Preisniveaus. Da jedoch mit nationalen Währungseinheiten Güter und Dienstleistungen nicht nur auf inländischen, sondern auch auf ausländischen Märkten erworben werden, stellt die Messung des Geldwertes, die lediglich von der Entwicklung des inländischen Preisniveaus ausgeht, eine angreifbare Vereinfachung dar. Daß diese Betrachtungsweise in der Tat einseitig ist, wird besonders deutlich, wenn man berücksichtigt, daß sich der Außen- und der Binnenwert der D-Mark seit Bestehen der Bundesrepublik gegenläufig veränderte. So ist z. B. der Außenwert der D-Mark, gemessen am offiziellen Devisenkurs in US-Dollar, in den fünfzehn Jahren von 1950 bis 1964 um 5,7 vH gestiegen[31], während sich der Binnenwert der D-Mark gleichzeitig um 25 vH verringert hat. Ein rechnerisch einheitlicher Ausdruck für den Geldwert läßt sich demnach nicht finden. Das Ausmaß der Geldwertveränderung richtet sich offensichtlich ganz nach dem Verwendungszweck, für den die nationale Währungseinheit in Anspruch genommen wird. Diese Feststellung gilt auch für die Bestimmung des Binnenwertes der Währungseinheit, um den es sich in der vorliegenden Untersuchung bei der Messung des Geldwertes handelt.

Es geht somit hier um die Frage, wie sich im Beobachtungszeitraum die Kaufkraft der Währungseinheit, gemessen am Binnenwert des Geldes, geändert hat.

30 Vgl. Deutsche Bundesbank, Das Ausmaß der Geldentwertung seit 1950 und die weitere Entwicklung des Geldwertes. Gutachten vom 21. Juli 1965, erstattet auf Wunsch des Bundesfinanzhofs, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 20. Jg. 1968, Nr. 3, S. 3.

31 Vgl. Deutsche Bundesbank, Das Ausmaß der Geldentwertung seit 1950 . . ., a. a. O., S. 5.

Da die nominalen Einkommen in Währungseinheiten ausgedrückt werden, hängt die generelle Frage nach der Geldwertänderung eng mit dem speziellen Problem der Reallohnbestimmung zusammen. Im allgemeinen wird angenommen, man könne den Binnenwert des Geldes daran messen, wie sich die Preise für qualitativ gleichbleibende Güter und Dienstleistungen entwickelt haben.
In elementarster Form besteht das Problem darin[32]: Wenn man für 1,50 RM im Jahre 1928 3 kg Mischbrot und 25 Jahre später im Jahre 1953 für 1,50 DM nur 2 kg der gleichen Brotsorte erhielt, ist die Kaufkraft des Geldes, bezogen auf Brot, gesunken, und zwar hat sich der Geldwert, wiederum bezogen auf Brot, um ein Drittel verringert.
Genau genommen ist der Geldwert nur im Hinblick auf ein ganz bestimmtes Gut zu ermitteln[33]; denn die Preise der einzelnen Güter und Dienstleistungen ändern sich nicht einheitlich, sondern unterschiedlich. Darüber hinaus sind die Geldwertänderungen exakt nur zu berechnen, wenn das Gut, auf das sich der Geldwert bezieht, qualitativ gleichbleibt. Abgesehen davon, daß die Güterqualitäten im Zeitablauf eben nicht konstant bleiben, scheitert die genaue Bestimmung des Geldwertes auch daran, daß die Ermittlung aller Preise auf allen Produktionsstufen und in allen Phasen des Verteilungsprozesses ein praktisch unlösbares Problem darstellt.
Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als entweder ganz auf die Bestimmung des Geldwertes zu verzichten oder einen Kompromiß zu suchen. Die amtliche Statistik hat sich für einen Kompromiß entschieden und mit der Aufstellung von Preisindices die Möglichkeit geschaffen, Indikatoren der Kaufkraftentwicklung des Geldes zu berechnen. Bei diesem Vorgehen handelt es sich darum, daß zunächst der jeweilige Verwendungszweck des Geldes hinreichend präzisiert und dann die Preisentwicklung derjenigen Güter und Diensleistungen beobachtet wird, die für die Geldverwendung als repräsentativ angesehen werden können. In der Praxis läuft dieses Verfahren darauf hinaus, daß Preisindices aufgestellt werden, die unterschiedlichen Aspekten der Geldwertbestimmung Rechnung tragen können. Rechnerisch läßt sich der Geldwert als

32 Vgl. Menges, G., Wachstum und Konjunktur des deutschen Fremdenverkehrs 1913 bis 1956, Frankfurt a. M. 1959, S. 43. Dem Beispiel liegen tatsächliche, jedoch nicht ganz vergleichbare Verhältnisse zugrunde.

33 Menges hat recht, wenn er in diesem Zusammenhang Preisers Auffassung, der Begriff des Geldwertes setze immer eine Beziehung zu Wirtschaftssubjekten voraus, kritisiert und feststellt, daß es weder eine Kaufkraft des Geldes schlechthin noch einen Geldwert für bestimmte Personen gibt, sondern exakt nur einen Geldwert für bestimmte Güter geben kann. Vgl. Menges, G., Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer . . ., a. a. O., S. 42; und Preiser, E., Der Begriff des Preisniveaus und das Problem der Kaufkraftstabilisierung, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens. Gesammelte Aufsätze zur Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Göttingen 1961, S. 396 ff. — Vgl. auch Fourastié, J., Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Ins Deutsche übertragen von Burkart Lutz, 2. Auflage, Köln 1969. Derselbe, Technischer Fortschritt, Preise und Kaufkraft der Löhne, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 6. Jg., 1955, S. 670 ff.

reziproker Wert des Preisindex darstellen[34]. Diese Methode wird auch in der vorliegenden Untersuchung angewandt.

Wegen der Bedeutung, die den Preisindexziffern bei der Umrechnung der nominalen in reale Einkommenswerte zukommt, muß hier auf die Problematik der Preisindices näher eingegangen werden.

Zur Charakterisierung der realen Einkommensentwicklung kommt, worauf zunächst hinzuweisen ist, von allen verfügbaren Preisindices nur ein Index in Betracht, der auf dem Gedanken des Preisindex für die Lebenshaltung[35] beruht. Dieser Preisindex mißt an der Endstufe des vokswirtschaftlichen Kreislaufs, also beim Konsumenten, die Preisveränderungen von Gütern und Dienstleistungen, die nach den Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte tatsächlich für konsumtive Zwecke in Anspruch genommen worden sind. Da die Arbeitnehmerhaushalte aus ihren Einkommen in erster Linie Konsumgüter nachfragen, erscheint es auf den ersten Blick durchaus sinnvoll, bei der Bestimmung der realen Arbeitnehmereinkommen einen Preisindex zu berücksichtigen, der sich ausschließlich auf Konsumgüterpreise bezieht[36]. In der Tat stützt sich die Berechnung der realen Arbeitnehmereinkommen im allgemeinen auf die Entwicklung lediglich von Konsumgüterpreisen. Die Einkommen der Arbeitnehmer werden aber nicht immer nur konsumtiv verausgabt[37]. Der Warenkorb, der dem Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde liegt, umfaßt also nicht den gesamten Verwendungsbereich der Arbeitnehmereinkommen.

Daneben lassen sich prinzipielle Einwände gegen die exakte Lösbarkeit des Preisindexproblems geltend machen.

Ein Hauptproblem besteht darin: Die Aufstellung eines Preisindex, mit dem lediglich Preisänderungen gemessen werden sollen, zwingt dazu, die Entwicklung der Preise unter der fiktiven Annahme gleichbleibender Güterkomplexe zu ermitteln. Es wird demnach unterstellt, daß die Güter, deren Preise zu ver-

34 Vgl. Neubauer, W., Über die Konstruktion, den Sinn und die Zwecke von Preisindexzahlen, in: Umrisse einer Wirtschaftsstatistik. Festgabe für Paul Flaskämper, hrsg. von Adolf Blind, Hamburg 1966, S. 190 ff.

35 Der Terminus „Lebenshaltungskostenindex" ist eine ungenaue Bezeichnung für diesen Index. Denn der Preisindex für die Lebenshaltung erfaßt nur die Preisveränderungen eines konstanten Verbrauchsgüterkomplexes. Die tatsächlichen Lebenshaltungskosten eines Haushalts entsprechen demgegenüber der Preissumme der jeweils eingekauften Verbrauchsgütermenge. Vgl. Haberler, G., Der Sinn der Indexzahlen. Eine Untersuchung über den Begriff des Preisniveaus und die Methoden seiner Messung, Tübingen 1927, S. 86. – Vgl. auch Fürst, G., Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Neuberechnung einer Preisindexziffer für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerfamilien, in: Wirtschaft und Statistik, 1949, S. 60 ff. – Deneffe, P., Zur Problematik eines Einzelhandelspreis- und Lebenshaltungskostenindex, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 34, 1950, S. 18 ff. – Fürst, G., und Deneffe, P., Der neue Preisindex für die Lebenshaltung, in: Wirtschaft und Statistik, 1952, S. 439 ff.

36 Vgl. Skiba, R., Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallöhne Köln 1968, S. 13.

37 Ebenda, S. 14, Fußnote 3.

schiedenen Zeitpunkten bestimmt werden sollen, sich im Zeitablauf weder qualitativ noch quantitativ ändern. Ein Preisvergleich hat nämlich nur dann einen Sinn, wenn gleiche Güter gegenübergestellt werden. Das bedeutet für den Preisindex für die Lebenshaltung, daß der sogenannte Warenkorb, also das Sortiment von Waren und Leistungen, die als repräsentativ für die Konsumverhältnisse eines bestimmten Haushalts angesehen werden, bei der Indexberechnung als konstante Größe behandelt wird: die Preise werden mit konstanten „Gewichten" in die Indexberechnung einbezogen. Die Umsatz- oder Ausgabenstruktur, aus der die Gewichte abgeleitet werden, spiegelt die Verbrauchsverhältnisse einer Haushaltsgruppe in einem bestimmten Zeitraum wider. Im Anschluß an die Berechnungsmethode von Laspeyres werden die Preise jeweils mit den Gewichten multipliziert, die sich aus der Struktur der Verbrauchsausgaben im Basisjahr ergeben[38].

Die Fiktion der gleichbleibenden Güterkomplexe, auf der der Preisindex für die Lebenshaltung beruht, schränkt zweifellos den Aussagewert des Index ein. Eine andere Möglichkeit, die Preisentwicklung festzustellen, gibt es aber nicht. Denn die Zusammensetzung und die Beschaffenheit des Warensortiments unterliegen im Laufe der Zeit Änderungen. Der exakte Preisniveauvergleich ist deshalb, langfristig betrachtet, prinzipiell unmöglich, weil in der Wirklichkeit das „tertium comparationis", also der Vergleichspunkt, fehlt.

Daran ändert auch der Versuch nichts, die Vergleichbarkeit ungleichartiger Güterkomplexe dadurch herzustellen, daß die Komponenten der Güterkomplexe in addierbare Mengeneinheiten aufgelöst werden. So kann man zwar qualitativ unterschiedliche Lebensmittel auf einheitliche Kalorienwerte zurückführen. 2000 Kalorien Kartoffeln und Brot sind aber nun einmal nicht dasselbe wie 2000 Kalorien Fett, Fleisch oder Eier[39]. Ebensowenig hilft der Hinweis weiter, daß die Gewährung der Bedürfnisbefriedigung das gemeinsame Merkmal ungleicher Güterkomplexe ist, da sich der subjektive Vorgang der Bedürfnisbefriedigung nicht quantifizieren läßt und somit in objektiven Zahlen nicht ausgedrückt werden kann.[40].

Weiterhin ist für den Aussagewert der Preisindexziffer für die Lebenshaltung von Bedeutung, daß die sogenannte Indexfamilie und die Verbrauchsstruktur, die aus Wirtschaftsrechnungen hervorgeht, Fiktionen der statistischen Durch-

38 Im Unterschied zu dem Verfahren nach Laspeyres können z. B. als konstante Gewichte nach der Indexformel Paasches auch das Verbrauchsmengenschema des Berichtszeitpunktes oder nach Irving Fisher der fiktive Betrag des geometrischen Mittels aus den Verbrauchsmengen zu beiden Zeitpunkten verwendet werden (wobei allerdings bei der Methode nach Fisher die Indexaussage außerordentlich abstrakt wird).

39 Vgl. Fürst, G., Zur Frage der Reallohnberechnung, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 34, 1950, S. 214.

40 Vgl. dazu Haberler, G., Der Sinn der Indexzahlen, a. a. O., S. 80 ff. – Albert, H., Ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen 1954, S. 65 ff. – Jochimsen, R., Ansatzpunkte der Wohlstandsökonomik, Basel und Tübingen 1961.

schnittsbildung darstellen, die einen verhältnismäßig geringen Repräsentationswert aufweisen. Beispielsweise repräsentiert der städtische Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt, auf dessen Wirtschaftsrechnungen der Preisindex auf der Basis 1962 beruht, schätzungsweise nur 4 vH der privaten Haushalte[41]. Demgegenüber basiert der seit März 1969 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte neue Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, der die Preisentwicklung von Lebenshaltungsgütern seit 1962 erfaßt, auf einer Bezugsgrundlage, die dem Durchschnitt aller in der Bundesrepublik im Jahre 1962 vorhandenen privaten Haushalte entspricht[42]. Dieser Preisindex ist wegen seines hohen Repräsentationsgrades als bestes der verfügbaren Meßinstrumente für die Verbraucherpreisentwicklung im allgemeinen anzusehen. Das schließt nicht aus, daß sich für weniger allgemeine Fragestellungen andere Indices besser eignen. Deshalb wird auch hier, wo es um die Frage geht, wie sich der speziell auf Arbeitnehmerhaushalte bezogenen Geldwert entwickelt hat, auf den Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten zurückgegriffen.

Die relativ schmale Repräsentationsbasis des Haushaltstyps, der dem Index zugrunde liegt, und die Implikationen, die sich aus dem konstanten Mengenschema ergeben, lassen erkennen, daß der Aussagewert des Preisindex für die Lebenshaltung insbesondere für langfristige Analysen begrenzt ist[43]. Die Güterauswahl und das Mengenschema der Preisindices, die langfristig aussagekräftig bleiben sollen, müssen nämlich von Zeit zu Zeit überprüft und an Änderungen angepaßt werden, die sich in den Konsumverhältnissen vollzogen haben. Andernfalls repräsentieren die Preisindices mit wachsendem Abstand vom Basisjahr die tatsächlichen Preisverhältnisse immer schwächer. Vieles spricht dafür, daß die zeitweilige Konstanz des Warenkorbs, aber auch die Wahl des Haushaltstyps, bisher zu einer leichten Überhöhung des Preisanstiegs geführt haben, deren Ausmaß sich allerdings nicht exakt quantifizieren läßt[44].

Bei der Aufstellung langfristiger Indexreihen entsteht deshalb das weitere Problem, aus Indices mit strukturell unterschiedlich zusammengesetzten Wa-

41 Vgl. Guckes, S., Der neue Preisindex für die Lebenshaltung. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1964, S. 437.

42 Vgl. Rostin, W., Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1969, S. 137 ff. Die Grundlage für diesen Preisindex bilden Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, in deren Rahmen die amtliche Statistik einen Querschnitt aller Haushaltstypen erfaßt hat.

43 Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der Verbraucherpreise seit der Währungsreform, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 15. Jg., Nr. 12/1963, S. 18.

44 Vgl. Deutsche Bundesbank, Das Ausmaß der Geldentwertung seit 1950 . . ., a. a. O., S. 10.

renkörben durch Verkettungen[45] durchlaufende Zahlenreihen zu bilden. Da die verketteten kontinuierlichen Indexreihen nicht mehr auf einem einheitlichen Mengenschema basieren, die Hypothese der konstanten Verbrauchsstruktur also aufgegeben ist, besteht auch der sachlogische Zusammenhang der Indexreihen nicht mehr, ohne den wiederum ein exakter Preisvergleich nicht auskommen kann. In Reinkultur läßt sich demnach die Preisentwicklung langfristig nicht exakt darstellen. Die Verkettungen bringen es mit sich, daß sich, langfristig betrachtet, in den Preisindices nicht nur Preisänderungen, sondern auch Struktureinflüsse widerspiegeln.
Trotz dieser Vorbehalte kann man im großen und ganzen den Preisindex für die Lebenshaltung als „konventionellen Maßstab für die Geldentwicklung"[46] akzeptieren. Von allen verfügbaren Instrumenten, die der Preismessung dienen, ist zweifellos der Preisindex für die Lebenshaltung der Indikator, der die Grundtendenz der Entwicklung des Konsumgüterpreisniveaus am zuverlässigsten wiedergibt[47].

2.2. *Die Problematik der Reallohnberechnung*

Die Methode, mit Hilfe des Preisindex für die Lebenshaltung näherungsweise die Entwicklung des Geldwertes zu bestimmen, eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, den Realwert der Geldeinkommen zu berechnen. In der vorliegenden Untersuchung werden der Umwandlung der nominalen Arbeitseinkommen in reale Einkommensgrößen als Deflationierungskoeffizienten prinzipiell die reziproken Werte des Preisindex für die Lebenshaltung zu-

45 Vgl. Pfanzagl, J., Allgemeine Methodenlehre der Statistik, I., Berlin 1964, S. 48, 76 f. und 79. – Vgl. auch Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der Verbraucherpreise . . ., a. a. O. S. 21. Statistisch besteht die Verkettung darin, daß die neuen Indices auf die Werte des alten Index bezogen werden, und zwar zu einem Zeitpunkt, für den Indexwerte sowohl nach dem alten als auch nach dem neuen Wägungsschema berechnet worden sind.

46 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1964/65, Stabiles Geld – Stetiges Wachstum, Stuttgart und Mainz 1965, Ziff. 149, S. 84.

47 Der Sachverständigenrat hat im Zusammenhang mit einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik als relevanten Preisindex den des Bruttosozialprodukts nach Ausschaltung der Preisentwicklung von Ausfuhr und Staatsverbrauch bezeichnet. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1965/66, Stabilisierung ohne Stagnation, Stuttgart und Mainz 1966, Fußnote zu Ziff. 97. Dieser Hinweis bezieht sich jedoch nicht aus den Kaufkraftaspekt der Preismessung und ist deshalb auch nicht als Argument gegen die Kaufkraftbestimmung mit Hilfe des Preisindex für die Lebenshaltung aufzufassen. – Vgl. auch Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Gutachten über konjunkturbewußte Lohnpolitik vom 21. Februar 1960, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 72 vom 14. April 1960, S. 704 ff., Absatz I, Ziff. 10.

grunde gelegt[48]. Die Vorbehalte, die für den Aussagewert der Preisindices gelten, betreffen selbstverständlich auch die Realwerte der Geldeinkommen.
Aus der Berechnungsmethode der Realeinkommen ergeben sich also Einschränkungen, die bei der Interpretation der langfristigen Kaufkraftentwicklung der Arbeitseinkommen immer zu beachten sind.
Zunächst kann der Reallohn nur als Indikator der Kaufkraftentwicklung der Arbeitseinkommen in Betracht gezogen werden. Er gestattet es, begründete Vermutungen darüber anzustellen, wie sich im Zeitablauf die Chancen der Arbeitnehmer entwickelt haben, Bedarf an knappen Gütern und Diensten zu decken[49]. Der Reallohn liefert aber keinen Maßstab für die Beurteilung des Grades der Bedürfnisbefriedigung. Werte oder Unwerte von Lebenslagen, die aus dem Vollzug des Wirtschaftens resultieren, sind in Schätzungen des Marktes nicht ausdrückbar[50] und werden in Geldeinkommen nicht vollständig kompensiert; sie bleiben in der statistischen Größe des Reallohnes unberücksichtigt.
Daneben sind Vorbehalte hinsichtlich der Genauigkeit angebracht, mit der die Reallohnziffern die tatsächliche Kaufkraftentwicklung der Arbeitseinkommen wiedergeben. Hier spielen namentlich statistische Fehler bei der Erhebung des Zahlenmaterials und bei der Verwendung von Schätzwerten eine Rolle, die sich bei der Reallohnberechnung kumulieren können. Nimmt man beispielsweise an, daß der Nominallohn einen relativen Fehler von 5 vH aufweist und der Deflationierungskoeffizient ebenfalls mit einem relativen Fehler von 5 vH behaftet ist, so kann die Fehlerfortpflanzung bei der Reallohnberechnung die Ergebnisse maximal um ± 10,25 vH verfälschen[51].
Darüber hinaus wirft die Berechnung der Realwerte der Arbeitseinkommen ein weiteres Problem auf, und zwar liegt die Schwierigkeit darin, zu entschei-

48 Fürst hat auf zwei weitere Möglichkeiten zeitlicher Reallohnvergleiche aufmerksam gemacht: Im ersten Falle handelt es sich um eine Gegenüberstellung naturaler Verbrauchsmengen je Arbeitnehmer zu verschiedenen Zeitpunkten. Im zweiten Falle werden die naturalen Verbrauchsmengen einer Durchschnittsfamilie zu verschiedenen Zeitpunkten unter Berücksichtigung der nominalen Einkommensänderungen verglichen. (Einem Einkommen von 300 DM im Zeitpunkt t_1 entspräche bei einem Normallohnindex von 200 ein Einkommen von 150 DM im Zeitpunkt t_0.) Als Reallohnänderung gilt der prozentuale Unterschied zwischen den Verbrauchsausgaben, die man erhält, wenn man die jeweiligen naturalen Verbrauchsmengen mit festen Preisen bewertet. – Beide Methoden sind problematisch. Denn weder wird im ersten Fall die Schwierigkeit ausgeräumt, die sich aus Veränderungen der Güterqualität und der Verbrauchsstruktur ergibt, noch kann im zweiten Fall zusätzlich dazu die Entscheidung über die zu verwendenden konstanten Preise umgangen werden. Vgl. Fürst, G., Zur Frage der Reallohnberechnung, a. a. O., S. 213 ff.

49 Vgl. Skiba, R., Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallöhne, a. a. O., S. 14.

50 Vgl. Weisser, G., Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialprodukts, in: Leonard Nelson zum Gedächtnis, Frankfurt a. M. – Göttingen 1953, S. 151.

51 Vgl. Menges, G., Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und in der Weimarer Republik, a. a. O., S. 85 f.

den, welcher der verschiedenen Nominallohnbegriffe als Zähler des Reallohnquotienten in Betracht zu ziehen ist, wenn im Nenner die Preisindexzahl für die Lebenshaltung steht und der zu berechnende Reallohn einen möglichst hohen Aussagewert haben soll. Geht man davon aus, daß ein exakter Vergleich nur möglich ist, wenn im Zähler und im Nenner des Quotienten gleichartige Größen gegenübergestellt werden[52], so können eigentlich nur der Preisindex für die Lebenshaltung und das Nettoeinkommen der sogenannten Indexfamilie zueinander in Beziehung gesetzt werden. Berechenbar wäre demnach lediglich das Realeinkommen der fiktiven Indexfamilie. Daraus folgt, daß unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit von Zähler und Nenner des Reallohnquotienten grundsätzlich alle statistischen Vergleiche methodisch nicht ganz exakt sind, wenn am Preisindex für die Lebenshaltung gemessene Preisänderungen mit Nettoeinkommen in Verbindung gebracht werden, die sich nicht auf die Indexfamilie beziehen. Es ist jedoch denkbar, daß diese Einschränkung unter bestimmten Voraussetzungen gegenstandslos wird. Wenn nämlich der Preisindex für die Lebenshaltung die Preisentwicklung für alle Arbeitnehmergruppen zutreffend widerspiegelt und gleichzeitig in der Entwicklung der Verbrauchsausgaben zwischen der Indexfamilie und den einzelnen Arbeitnehmergruppen keine Unterschiede bestehen, bliebe es sich im Hinblick auf das Ergebnis der Berechnung, also den Reallohn, gleich, ob das Nettoeinkommen der Indexfamilie oder ein anderer Nettoeinkommensbegriff der Berechnung zugrunde gelegt wird. Diese Bedingungen entsprechen jedoch nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Denn erstens beruht der Preisindex für die Lebenshaltung auf einer verhältnismäßig schmalen Repräsentationsbasis, und zweitens weicht die durchschnittliche Entwicklung der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer von der Entwicklung der Verbrauchsausgaben der Indexfamilie ab (vgl. Übersicht 8).

Hinzu kommt, daß die der Umrechnung der nominalen in reale Einkommenswerte zugrunde liegende Annahme, das Nettoeinkommen werde in vollem Umfang konsumtiv verausgabt, ebenfalls unrealistisch ist, da das Nettoeinkommen auch der Arbeitnehmer nicht restlos verbraucht, sondern zum Teil auch gespart wird. Die Verwendung von Nettoeinkommen anstelle der tatsächlichen Verbrauchsausgaben, an denen sich die Berechnung der realen Einkommenswerte streng genommen zu orientieren hat, stellt demnach einen Ungenauigkeitsfaktor dar. Allerdings wirkt sich rechnerisch diese Ungenauigkeit nicht immer aus. Bei konstanter Sparquote, also unter der Voraussetzung, daß sich die Ersparnis im Gleichschritt mit den Nettoeinkommen ändert, treten die störenden Einflüsse nicht auf. Da Ergebnisse empirischer Untersuchungen in den Vereinigten Staaten darauf hindeuten, daß die Sparquote langfristig

52 Vgl. Fürst, G., Zur Frage der Reallohnberechnung, a. a. O., S. 215. Vgl. auch Anderson, O., Und dennoch mehr Vorsicht mit Indexzahlen!, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 34, 1950, S. 45. – Vgl. außerdem Schaefer, W., Der Streit um die Höhe des Lebenshaltungskostenindex, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1. Jg., 1950, S. 477 ff.

Übersicht 8

Lebenshaltungsausgaben der Indexfamilie[1] und durchschnittliches Nettoarbeitseinkommen[2]

Jahr[3]	Lebenshaltungsausgaben der Indexfamilie			Preisindex für die Lebenshaltung	Durchschnittliche Nettoarbeitseinkommen		
	Nominal		Real		Nominal		Real
	DM	vH	vH	vH	DM	vH	vH
1950	300	100,0	100,0	100,0	212	100,0	100,0
1958	570	190,0	161,4	117,7	377	177,8	151,1
1962	750	250,0	196,7	127,1	511	241,0	189,6

1 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. – 2 Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer nach Abzug der direkten Steuern (ohne die auf Pensionen und Renten entfallenden Beträge) und der Arbeitnehmerbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung (einschl. der Beiträge zu öffentlichen Zusatzversorgungsanstalten). – 3 Berücksichtigt sind die Jahre, auf denen seit 1950 Indexumstellungen basieren.

Quellen: Angaben des Statistischen Bundesamtes und Berechnungen des WSI.

konstant bleibt[53], scheint nahezuliegen, den mit der Spartätigkeit zusammenhängenden Störungsfaktor bei der Bestimmung der langfristigen Reallohnentwicklung zu vernachlässigen.

Ob die empirischen Untersuchungsergebnisse über das Sparverhalten auch für die Bundesrepublik Geltung beanspruchen können, ist jedoch zweifelhaft.

So folgt in der Bundesrepublik die langfristige Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte einem durch temporäre Rückschläge unterbrochenen Aufwärtstrend mit Extremwerten von 3,1 vH in den Jahren 1950 und 1951 und 12 vH im Jahre 1965[54].

53 Vgl. Kuznets, S., Studies in Economics and Industrial Relations, Philadelphia 1941, S. 53 ff. – Vgl. auch Duesenberry, J. S., Income, Saving and the Theory of Behavior, Cambridge/Mass. 1952. – Vgl. außerdem Loesch, A. v., Zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, in: Schmollers Jahrbuch, 1960, S. 433 ff. – Ferner Kröll, M., Ist der Hang zum Verbrauch degressiv?, in: Schmollers Jahrbuch, 1955, S. 257 ff.

54 Vgl. Höhnen, W., Das Sparen der privaten Haushalte im Konjunkturverlauf, in: WWI-Mitteilungen, Nr. 8/9 1967, S. 233 ff.

Die Expansion der privaten Ersparnisbildung läßt aber keine Rückschlüsse darauf zu, wie sich die Sparquote der Arbeitnehmer langfristig entwickelt hat. Denn die Gesamtersparnis der privaten Haushalte umfaßt auch die Ersparnis der Unternehmer.

Welchen Veränderungen die Spartätigkeit allein der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik langfristig unterworfen war, ist eine noch nicht eindeutig zu beantwortende Frage. Die Ergebnisse der erweiterten Wirtschaftsrechnungsstatistik[55], die allerdings die zeitliche Entwicklung erst ab 1958 erfassen, liefern keinen Beweis dafür, daß die Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen einen zunehmenden Teil ihres disponiblen Einkommens gespart haben. Diese Feststellung gilt für das Sparverhalten der Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen; ob die Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen auf die gesamte Arbeitnehmerschaft zutreffen, ist fraglich. Nach Schätzungsergebnissen hat sich z.B. der Anteil der Arbeitnehmer an der Nettovermögensbildung der privaten Haushalte von 1950 bis 1959 um 52 vH auf 54 vH erhöht.[56]. Diese Entwicklung hat sich im Zeitraum von 1959 bis 1964 anscheinend fortgesetzt; dafür spricht der Anstieg des Anteils der Arbeitnehmer an den Spareinlagen bei den Sparkassen von 39 vH im Jahre 1959 auf 44 vH im Jahre 1964[57].

Nach den bisherigen Darlegungen ist also auch die der Reallohnberechnung zugrundeliegende Hypothese, das Nettoarbeitseinkommen werde in vollem Umfang konsumtiv verausgabt, nicht durchgängig aufrechtzuerhalten. Der daraus resultierende Störungsfaktor läßt sich jedoch bei der Aufstellung langfristiger Reihen, die sich über Jahrzehnte erstrecken, wegen des unzulänglichen statistischen Materials quantitativ nicht ausschalten. Schätzt man in Anlehnung an die Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungsstatistik die durchschnittliche Sparquote der Arbeitnehmer auf maximal 4 bis 5 vH[58], so erstreckt sich der Bereich, innerhalb dessen sich die Arbeitnehmersparquote im Beobachtungszeitraum verändert haben kann, von 0 bis 5 vH. In Anbetracht der Höhe des Nettoarbeitseinkommens, das je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer 1925 monatlich 129 RM und 1967 monatlich 699 DM betragen hat, scheint die durchschnittliche Sparquote der Arbeitnehmer mit maximal 5 vH eher zu hoch als zu niedrig gegriffen zu sein.

55 Vgl. Höhnen, W., Zur neuen Wirtschaftsrechnungsstatistik, in: WWI-Mitteilungen, Nr. 1/1966, S. 12 ff.

56 Vgl. Föhl, C., Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Tübingen 1964, S. 63, Tabelle 8, und S. 65, Tabelle 9.

57 Vgl. Sparkasse, Nr. 2/3 1966, S. 18.

58 Aus den Angaben der amtlichen Statistik, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 7/1966, S. 448, errechnet sich für den Zeitraum von 1958 bis 1966 eine durchschnittliche Sparquote der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes von 4,6 vH.

Unter dieser Annahme liegen die relativen Entwicklungunterschiede zwischen den Nettoeinkommen und den Verbrauchsausgaben je Arbeitnehmer erheblich unter dem Fehler von ± 10 vH, der dem Genauigkeitsgrad entspricht, mit dem in der Volkseinkommensstatistik der Vereinigten Staaten gerechnet wird[59]. Es erscheint daher vertretbar, diesen Ungenauigkeitsfaktor bei den weiteren Überlegungen außer acht zu lassen.

Mit diesen Erörterungen sind jedoch die methodischen Probleme, die mit der Verwendung von Nettoarbeitseinkommen als Zähler des Reallohnquotienten zusammenhängen, nicht ausdiskutiert. Prinzipiell setzen sich die Nettorechnungen dem Einwand aus, daß die Vernachlässigung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge im Zähler des Reallohnquotienten dazu verleitet, die Rückwirkungen auf die Lebenslagen der Arbeitnehmer zu übersehen, die von der mit Hilfe der Abgaben getätigten Deckung von Gemeinbedarf ausgehen[60]. Da aber der Preisindex für die Lebenshaltung, der der Reallohnberechnung zugrunde gelegt wird, die Beiträge zur Sozialversicherung und die Lohnsteuerabzüge nicht erfaßt und somit „die Ausgaben für die staatlichen Leistungen, die gewissermaßen mit den ‚Steuern' gekauft werden, nicht enthalten sind"[61], ist der Vergleich von vornherein ungenau: Stehen beispielsweise den Arbeitnehmern zu zwei verschiedenen Zeitpunkten die gleichen staatlichen Leistungen zur Verfügung und haben sich die Steuerabzüge und die Sozialversicherungsbeiträge schwächer erhöht als der Preisindex für die Lebenshaltung, so errechnet sich eine Steigerung der Reallöhne, die geringer ist als der Reallohnanstieg, der sich ergäbe, wenn im Preisindex auch die Ausgaben für die staatlichen Leistungen enthalten wären.

Offenbar können bei der Bestimmung des Reallohnes weder die Brutto- noch die Nettorechnung vollständig befriedigen. Am besten wäre es, bei der Reallohnberechnung von den Bruttowochenverdiensten oder den Bruttomonatsverdiensten auszugehen „und im Index der Lebenshaltungskosten alle Ausgabengruppen zu berücksichtigen, was allerdings bei einer Preisindexziffer der Lebenshaltung ein technisch kaum lösbares Problem ist"[62].

Es zeigt sich also, daß sich die realen Arbeitseinkommen ohne erhebliche Vorbehalte statistisch überhaupt nicht darstellen lassen. Trotzdem wird hier auf die Berechnung realer Arbeitseinkommen mit Hilfe des Preisindex für die Lebenshaltung nicht verzichtet. Selbstverständlich könnte man sich auch auf die Feststellung beschränken, daß das Problem der Reallohnberechnung aus me-

59 Vgl. Morgenstern, O., Über die Genauigkeit wirtschaftlicher Beobachtungen, 2. Auflage, Wien-Würzburg 1965, S. 259.

60 Vgl. Skiba, R., Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallöhne, a. a. O., S. 18.

61 Vgl. Fürst, G., Zur Frage der Reallohnberechnung, a. a. O., S. 215 f. Zur Problematik der Preismessung beim Staat vgl. auch Bartels, H., Preisindices in der Sozialproduktsberechnung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1963, S. 16.

62 Ebenda, S. 216.

thodischen Gründen unlösbar ist. Damit wäre aber die Möglichkeit eines zeitlichen Verdienstvergleiches überhaupt in Frage gestellt. Will man einen zeitlichen Verdienstvergleich anstellen, so bleibt eben nichts anderes übrig, als methodisch den Weg des Kompromisses zu gehen. Und dieser Weg ist hier die approximative Bestimmung der Reallohnentwicklung mit Hilfe des Preisindex für die Lebenshaltung. Nach dieser Methode sind in der vorliegenden Untersuchung die Realwerte der Arbeitseinkommen berechnet worden, und zwar sowohl reale Netto- als auch reale Bruttoeinkommen.

Nach den bisherigen Überlegungen könnte die Darstellung der Realwerte von Bruttoarbeitseinkommen als zu gewagt erscheinen[63]. Denn die jeweiligen Deflationierungskoeffizienten basieren auf den Änderungen nur von Konsumgüterpreisen. Zweifellos kommt daher den Realwerten der Bruttoeinkommen ein geringerer Aussagewert zu als den Realwerten der Nettoeinkommen. Die über den Preisindex für die Lebenshaltung berechnete reale Entwicklung der Bruttoeinkommen beruht nämlich auf der fiktiven Annahme, daß der gesamte Bruttoarbeitsverdienst konsumtiv verausgabt werde. Ist diese Annahme schon bei den Nettoeinkommen fraglich, so trifft sie auf die Bruttoeinkommen offensichtlich überhaupt nicht zu. Dennoch wird hier die Ansicht verteten, daß es methodisch zulässig ist, auch die Bruttoeinkommen zu deflationieren, wenn gleichzeitig auf die Fiktionen hingewiesen wird, die den Aussagewert der realen Bruttoeinkommen begrenzen. So gesehen beantworten die Realwerte der Bruttoarbeitsverdienste näherungsweise die Frage, wie sich die Kaufkraft der Arbeitnehmer entwickelt hätte, wenn die gesamten Bruttoarbeitsverdienste für Verbrauchszwecke in Anspruch genommen worden wären. Unter diesem Vorbehalt vermitteln die Realwerte der Bruttoarbeitsverdienste immerhin eine Vorstellung von der Größenordnung der Güteräquivalente, die den nominalen Bruttoverdiensten gegenübergestellt werden können.

63 Diese Auffassung wird beispielsweise von J. Heinz Müller vertreten, in: Nivellierung und Differenzierung der Arbeitseinkommen in Deutschland seit 1925, a. a. O., S. 121. Demgegenüber weisen z. B. die Deutsche Bundesbank, in: Monatsberichte, Nr. 3/1968, S. 12 f., und das Hessische Statistische Landesamt, in: Hessen im Wandel der letzten hundert Jahre 1860–1960, Wiesbaden 1960, S. 313 ff., auch Zahlen über die Entwicklung der realen Bruttoverdienste der Arbeitnehmer nach.